



Girls' Day am 14. April 2011 in Berlin



## „Berlin miteinander“ - Leitantrag zum Landeswahlprogramm von Eva Högl

Der SPD-Landesvorstand hat am 9. April eine überarbeitete Fassung des [Landeswahlprogramms](#) beschlossen, die nun auf dem Landesparteitag am 13. Mai beraten wird.

Die ASF-Berlin hat sich aktiv an der Erstellung des Landeswahlprogramms beteiligt.

Gute Arbeit steht auch für Frauen im Vordergrund. „Gute Arbeit bedeutet gerechte und existenzsichernde Löhne, starke Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte, gesund und faire Arbeitsbedingungen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Frauen und Männern, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie sichere Aufstiegschancen“.

Die Berliner SPD bekennt sich klar zu einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro. Würde dieser eingeführt, könnten sich viele Frauen aus der Armutsfalle befreien. Sie könnten wieder von ihrer Arbeit leben.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nicht nur für Frauen ein wichtiges Thema, sondern zunehmend auch für Männer. Wir brauchen mehr Kitaplätze und wir brauchen mehr Unterstützung für pflegende Angehörige.

„Die Gleichstellung ist entscheidend für den sozialen Zusammenhalt und die Zukunft Berlins. Die erfolgreiche und vorbildliche Politik des Senats werden wir fortführen, damit Frauen und Mädchen in Berlin in allen Bereichen der Gesellschaft gleiche Chancen haben und die Gleichstellung umfassend verwirklicht wird. Spezielle Frauen- und Mädchenprojekte sowie –einrichtungen und –beratungsstellen werden wir weiter fördern und gezielt unterstützen. Wir werden

entschieden gegen Gewalt und Zwangsheirat vorgehen. Jede Frau in Berlin hat ein Recht auf körperliche Unversehrtheit und ein Leben frei von Angst. Jede von Gewalt betroffene Frau muss ein Recht auf Unterhaltssicherung und auf schnelle Unterbringung in einem sicheren Haus erhalten. Die Finanzierung der Frauenhäuser werden wir sicherstellen.“

Weiterhin wichtig aus frauenpolitischer Sicht ist das Bündnis für Gleichstellung. Die SPD will dieses mit Berliner Unternehmen schließen. „Diese verpflichten sich selbst zur Förderung von Frauen in Führungspositionen, der Aufstellung verbindlicher Frauenförderpläne sowie der Verwirklichung des Grundsatzes der gleichen Bezahlung von Frauen und Männern für gleichwertige Arbeit. Der Berliner Senat wird sich zudem für die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote von 40 Prozent in Aufsichtsräten und Vorständen einsetzen.“

Zur Frauenquote naht Hoffnung aus Europa. Die EU-Kommission will eine europarechtliche Regelung zur Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen. Das werden wir natürlich unterstützen.

Die ASF-Berlin findet das Landeswahlprogramm sehr gelungen. Es ist ein Zeichen dafür, dass es nur mit der SPD eine gute Frauenpolitik geben wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die SPD stärkste Partei wird und Klaus Wowereit Regierender Bürgermeister von Berlin.

Der ASF-Landesvorstand Berlin trifft sich an jedem vierten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr im Berliner Abgeordnetenhaus. Gäste und Interessierte sind immer gerne gesehen und sehr willkommen.

**Kommentare bitte an:**  
[asf.spd.berlin@googlemail.com](mailto:asf.spd.berlin@googlemail.com)

## Bundesverdienstkreuz für Juliane von Friesen



Die Vorsitzende des LandesFrauenRates Berlin e.V., Juliane Freifrau von Friesen, ist am 21. März 2011 für ihr langjähriges, vielfältiges und erfolgreiches frauenpolitisches Engagement mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse geehrt worden. Sie habe damit vor allem einen wichtigen Beitrag für die Verbesserung der Situation von Frauen in der Wirtschaft geleistet, betonte Frauensenator Harald Wolf, der die Auszeichnung im Namen des Bundespräsidenten vornahm. "Kontinuierlich hat sie sich für

eine stärkere Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen eingesetzt und damit auf ein entscheidendes Thema für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hingewiesen. Für ihr unermüdliches Wirken für die Gleichstellung von Frauen möchte ich Freifrau Juliane von Friesen im Namen des Landes Berlin meinen herzlichen Dank aussprechen", erklärte Wolf. In seiner Ansprache verwies er auf die Vielzahl ihrer Aktivitäten, darunter Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen unter anderem zum ersten Landesgleichstellungsgesetz (LGG) in ihrer damaligen Funktion als Leiterin des Arbeitsstabes Gleichstellung – Arbeits- und Wirtschaftsrecht des Deutschen Juristinnenbundes. Juliane von Friesen ist seit 2005 Vorsitzende des LFR Berlin.

## Louise-Schroeder-Medaille für Barbara Schaeffer-Hegel



Die Louise-Schroeder-Medaille ist die höchste frauenpolitische Auszeichnung im Land Berlin. Sie ist am 7. April 2011 an Barbara Schaeffer-Hegel verliehen worden. Frau Prof. Dr. Barbara Schaeffer-Hegel hat sich nachhaltig für die Gleichstel-

lung von Frauen in Politik und Gesellschaft eingesetzt. Dabei hat sie nicht nur richtungsweisende Forschungsarbeiten veröffentlicht, sondern sich auch für zahlreiche praktische Projekte eingesetzt. Mit der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin (EAF) hat Frau Schaeffer-Hegel eine Institution gegründet, die den Raum für die Umsetzung

dieser Projekte bietet und Vernetzung von Frauen im Interesse der Frauenförderung ermöglicht und forciert. 2001 hat die EAF zusammen mit der TU Berlin die Femtec. GmbH gegründet, ein Hochschulkarrierezentrum für Frauen in den Ingenieur- und Naturwissenschaften, das mit führenden Technologieunternehmen und Technischen Hochschulen in einem bundesweit einzigartigen Netzwerk kooperiert. Während ihrer Lehrtätigkeit an der Technischen Universität Berlin hat sich Barbara Schaeffer-Hegel in besonderer Weise für die Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen und Männern eingesetzt und ist eine der Pionierinnen der Frauen- und Geschlechterforschung in Berlin.

Quelle: Landespressedienst

## Internetportal für Alleinerziehende ausgezeichnet



Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) ist kürzlich für sein Internetportal [www.die-alleinerziehenden.de](http://www.die-alleinerziehenden.de)

„Ausgewählter Ort 2011“ ausgezeichnet worden. Das Internetportal biete alleinerziehenden Müttern und Vätern „die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen sowie untereinander Tipps und Ratschläge auszutauschen“, so die Begründung.

beim Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“ als

## Zweiter Berliner Gender Datenreport ist online



Der zweite Berliner Gender Datenreport ist online im Internet abrufbar. Er enthält Grundlagendaten zu den wichtigsten Bereichen der Gleichstellungspolitik, die jetzt aktualisiert bzw. fortgeschrieben wurden.

Berlin ist bundesweit Spitze bei der Besetzung von Professuren durch Frauen. Auch die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von

Familie und Beruf hat der Senat durch den Ausbau von Kinderbetreuung und Ganztagschulen verbessert. Die Vielzahl alleinerziehender Frauen mahnt allerdings zu weiteren Anstrengungen.

Nur in gut der Hälfte der Familien mit Kindern unter 18 Jahren sind in Berlin heute die Eltern verheiratet und bei rund einem Drittel der Familien handelt es sich um Alleinerziehende und zwar ganz überwiegend um Frauen (91 Prozent). Eine weitergehende Analyse der Situation der Alleinerziehenden in Berlin im Jahr 2010 hat ergeben, dass in diesen Haushalten die allgemeinen Probleme der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, der

geringen Einkommen der Frauen sowie der Arbeitsplatzsuche zusammenkommen und in der höchsten Armutsrisikoquote gipfeln.

Die in letzter Zeit positive Entwicklung der Berliner Wirtschaft und des Arbeitsmarktes hat vor allem die Erwerbstätigenquote der Frauen wieder deutlich steigen lassen, mit 62,9 Prozent war 2009 das Niveau vor der Krise fast wieder erreicht. Gleichzeitig ist jedoch bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insbesondere für Frauen die Zahl der befristeten Arbeitsverträge und der geringfügig Beschäftigten stark gestiegen (+ 39 bzw. 81 Prozent) und auch die Teilzeitsbeschäftigung hat sich weiter auf 30,5 Prozent erhöht. Hinzu kommt, dass Frauen in Branchen und Berufen bzw. Positionen arbeiten, die geringer entlohnt werden. Das Durchschnittseinkommen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berlin lag 2009 für Frauen um 23 Prozent unter dem der Männer. Die Lohnlücke im engeren Sinne, d. h. die Differenz im durchschnittlichen Stundenverdienst (Gender Pay Gap), betrug knapp 16 Prozent.

[Zweiter Berliner Gender Datenreport](#)

## Berliner Familienbericht 2011



Der Berliner Beirat für Familienfragen hat dem Berliner Senat vor kurzem den Familienbericht 2011 übergeben. Er enthält die wichtigsten Themen, Fakten und Probleme, die das Leben von Familien in der Hauptstadt ausmachen. Seine konkreten Empfehlungen zeigen auch, wo mehr getan werden muss, damit Berlin

künftig stärker auf Familienfreundlichkeit als Standortfaktor und als Grundstein für ein gutes Zusammenleben setzen kann. Zahlreiche Beispiele machen den Bericht auch zu einem praktischen Handbuch für den Alltagsgebrauch. Von der Elternzeitberatung über die

Jugenddisco bis hin zur Pflege von Angehörigen – hier finden sich viele Informationen zu passenden Angeboten. Zugleich wird deutlich, was sich in den einzelnen Bezirken noch ausbauen lässt.

Der vom Senat berufene Beirat für Familienfragen hat erstmals die Familienberichterstattung übernommen.

Der Berliner Familienbericht 2011 ist aber nicht allein vom Familienbeirat, sondern unter Mitwirkung vieler Berlinerinnen und Berliner zustande gekommen. Familien sind als „Experten in eigener Sache“ durch ganztägige Familienforen und zwei Online-Dialoge direkt zu Wort gekommen.

[Berliner Familienbericht 2011](#)

## Frauenquote für die Wirtschaft — Hoffnung kommt aus Brüssel



Die EU-Kommissarin Viviane Reding scheint fest entschlossen. Ab 2015 sollen mindestens 30 Prozent der Vorstände und Aufsichtsräte mit Frauen besetzt sein, ab 2020 sollen es mindestens 40 Prozent sein. Eine entsprechende Initiative will die Kommission im April auf den Weg bringen. Wenn die EU eine solche Richtlinie erlässt, muss sie in Deutschland

umgesetzt werden.

Grundlage sind die Artikel 153 und 157 des „Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ (AEUV). Danach kann die Kommission den Mitgliedstaaten Mindeststandards vorschreiben, um die Gleichbehandlung und Chancengleichheit von Männern und Frauen herzustellen.

Kommt die europäische Frauenquote, dann kann Bundesministerin Schröder ihre Flexiquote vergessen.

Die ASF Berlin unterstützt Viviane Reding in ihrem Vorhaben.



## Kampagne „Guter Lohn für Gute Arbeit“

Die ASF Friedrichshain-Kreuzberg beteiligt sich an der Kampagne des SPD-Parteivorstands.

Parteisitzung oder der Veranstaltung, die ihr organisiert.

Die Kampagne hat ihren Höhepunkt am 1. Mai 2011, dem Tag der Arbeit. Sammelt mit der SPD Stimmen für gute Löhne und gute Arbeit. Macht Fotos mit den Hochhalteschildern am Infostand, bei der nächsten

Die Schilder erhaltet ihr im SPD-Shop. Die Bilder sendet ihr einschließlich der Einverständniserklärung an [gutearbeit@spd.de](mailto:gutearbeit@spd.de).

## Abschluss des Mentoringprogramms in Pankow



Den Abschluss ihres diesjährigen Mentoringprogramms feierte die ASF Pankow mit Tapas und Kabarett Mitte April. Dabei bedankten sich die Mentees (einige im Bild) ganz besonders bei der Organisatorin Andrea Bischoff (hi., 3. v. li.), die erneut zur Hochform auflief und mit immer neuen Gesprächsrunden und Tipps überraschte.

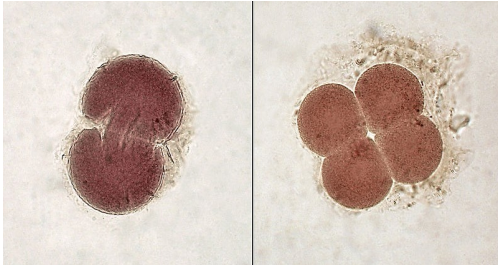
## Neues Themenspecial der Frauen in Wilmersdorf-Nord erschienen

Die SPD Frauen in Wilmerdorf-Nord geben regelmäßig zu wichtigen frauenpolitischen Themen umfangreiche [Themenspecials](#) heraus. Zum hundertjährigen

Frauentag wird insbesondere die Frage „Frauen in der Kommunalpolitik“ beleuchtet.

## Präimplantationsdiagnostik (PID) wird geregelt

von *Martina Hartleib*



Präimplantationsdiagnostik (PID) bezeichnet die genetische Untersuchung von Embryonen aus künstlicher Befruchtung vor der Übertra-

gung in die Gebärmutter. Dabei werden von mehreren Embryonen diejenigen ausgewählt, bei denen bestimmte Erbkrankheiten oder Veränderungen der Chromosomen ausgeschlossen werden können. Bisher war die PID durch das Embryonenschutzgesetz verboten. Der Bundesgerichtshof urteilte am 6. Juli 2010 jedoch, dass das Gesetz kein grundsätzliches Verbot umfasst und damit gesetzlicher Regelungsbedarf besteht.

Am 14. April 2011 hat der Deutsche Bundestag erstmalig über drei Vorschläge zur gesetzlichen Regelung debattiert. Die Gesetzesentwürfe sind fraktionsübergreifend, da es sich um eine Gewissensentscheidung handelt. Voraussichtlich am 25. Mai 2011 wird eine Öffentliche Anhörung zu den PID-Vorschlägen stattfinden. Abschließend sollen die drei Gesetzesentwürfe am 30. Juni 2011 abgestimmt werden.

192 Abgeordnete unterstützen den Vorschlag von Birgitt Bender u.a., der ein Verbot der PID vorsieht. Einschränkungen oder Ausnahmeregelungen werden als faktisch unmöglich eingeschätzt und bergen zudem die Gefahr der Ausweitung. Als Grundproblem wird aus Sicht der Antragsteller die Unterscheidung zwischen lebenswertem und nicht lebenswertem Leben betrachtet, die das Grundrecht der Menschenwürde einschränkt und Menschen mit Behinderungen diskriminiert. Die Gesetzesänderung betrifft das Gesetz über genetische Untersuchungen bei Menschen (GenDG), das auf PID erweitert und spezifiziert würde.

36 weitere Abgeordnete unterstützen den Vorschlag von René Röspel, der sich für eine begrenzte Zulassung der PID ausspricht. Das grundsätzliche Verbot findet keine Anwendung, wenn bei mindestens einem Elternteil eine humangenetisch diagnostizierte Disposi-

tion vorliegt, die mit einer hohen Wahrscheinlichkeit zu Fehl- oder Totgeburten oder zum Tod des Kindes im ersten Lebensjahr führt. Im Fokus steht demnach kein bestimmtes Krankheitsbild, sondern die Lebensfähigkeit des Embryos. Eine Ausweitung auf andere schwere Erbkrankheiten wird abgelehnt, da eine solche Eingrenzung als unmöglich erscheint. Im genannten Ausnahmefall werden Verfahrensregeln wie beispielsweise die Beschränkung auf ein lizenziertes Zentrum, Beratungs-, Dokumentationspflicht, Einzelfallentscheidung einer Ethik-Kommission und Berichtspflicht der Bundesregierung angewandt. Die Gesetzesänderung betrifft das Embryonenschutzgesetz.

Rund 215 Abgeordnete unterstützen den dritten Vorschlag von Ulrike Flach. Er lässt die PID in Ausnahmefällen zu, in denen ein oder beide Elternteile die Veranlagung für eine schwerwiegende Erbkrankheit in sich tragen oder mit einer Tot- oder Fehlgeburt zu rechnen ist. Grundvoraussetzung ist die sorgfältige Diagnostik bei beiden Partnern nach strengen Kriterien sowie die Vornahme des Eingriffs in lizenzierten Zentren. Vorherige Aufklärung und Beratung sowie das positive Votum einer interdisziplinär zusammengesetzten Ethik-Kommission sind dabei verpflichtend. Das Kernargument der Antragsteller ist der Schutz von Frauen und Paaren vor schweren körperlichen und seelischen Belastungen im Hinblick auf die Schwangerschaft sowie die Vermeidung von Spätabbrüchen.

Zudem sollen an die PID die gleichen Maßstäbe angelegt werden, wie an die Pränataldiagnostik, die den Schwangerschaftsabbruch bei festgestellten schweren genetischen Schäden erlaubt. Die Gesetzesänderung betrifft das Embryonenschutzgesetz.

**Wie entscheiden die Berliner SPD-Abgeordneten?**

**Eva Högl, Petra Merkel und Mechthild Rawert** unterstützen den Gesetzesentwurf, der die beschränkte Zulassung der PID will.

**Wolfgang Thierse** ist für ein Verbot der PID.

**Swen Schulz** will erst einmal die Debatte abwarten und entscheidet sich dann.

## Frauenengagement in der Bezirkspolitik

von Sabine Röhrbein



Welche Herausforderungen erwarten mich eigentlich, wenn ich in die Bezirkspolitik gehe? Dieser berechtigten Frage einer Mentee im Rahmen unseres Mentoringprogramms folgt zumeist ein vielsagendes Schweigen, bevor die nimmermüde Litanei von Zeit, Energie und Kampf gegen männerdominierte Strukturen einsetzt.

Dass die Diskussion mit den politischen Konkurrenten und den BürgerInnen auch Spaß macht und kommunalpolitische Erfolge durch jede Menge Adrenalinschübe begeistern, steht auf der Haben-Seite. Gleichwohl sind ein ziemlich dickes Fell und ein gutes Netzwerk aus Frauen (und Männern) nötig, um sämtliche Herausforderungen zu meistern.

Welche dies im Detail sein könnten, darüber will unter anderem die EAF-Studie „Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen“ Auskunft geben. Allerdings klammert diese die drei Stadtstaaten aus, weil landes- und kommunalpolitische Ebene „eher untypisch miteinander verwoben sind“ und „der Frauenanteil in den kommunalen Räten der Stadtstädte überdurchschnittlich hoch und deshalb der Erkenntnis- und Handlungsbedarf vergleichsweise gering“ ist. Diese Fußnote, die in der Kurzfassung nicht auftaucht, lässt sich leicht überlesen. Und so neigen (kommunal-)politisch aktive Frauen rasch dazu, die Ergebnisse dieser Studie eins zu eins auf Berlin zu übertragen. Schließlich kommen uns die Antworten seltsam vertraut vor, wenn die Befragten mehrheitlich etwa mit der „politischen Kultur“ (Arbeitsklima, Redestil usw.) unzufrieden sind. Dadurch geht aber der differenzierte Blick auf unsere spezifische Situation verloren, die durchaus zum Beispiel Experimente mit der Sitzungsgestaltung zulässt. Ein richtiges Ärgernis ist aber der Schluss „überdurchschnittlicher Frauenanteil = kein Handlungsbedarf“. Auch hier fehlt der differenzierte Blick, denn selbstverständlich müssen sich auch unsere Bezirkspolitikerinnen mit Vorurteilen, unkalkulierbaren Zeitbudgets und genderspezifischen Politik-

stilen auseinandersetzen.

Bei Parteien handelt es sich um männlich geprägte Organisationsformen. Darin sind sich die Parteienforscher einig. Damit müssen sich Frauen, die im jahrhundertlang männlich geprägten Politikgeschäft reüssieren wollen, nach wie vor männlichen Gesetzen und Regeln anpassen. Das gilt für die Bundes- und Landtagsabgeordnete ebenso wie für die Kommunalpolitikerin in NRW oder Berlin und zwar egal, welcher Partei sie angehört. Dabei steht die SPD als „Quotenpartei“ unter Rechtfertigungsdruck, wenn nicht ausreichend Frauen für Funktionen und Mandate gekürt werden. So hat sich neben die Holschuld – wer mitmachen will, der/die soll kommen – die Bringschuld gesellt – wenn wir Frauen wollen, müssen wir sie ansprechen. Viele Kreise bieten inzwischen Mentoringprogramme für Genossinnen an, um sie auf die Übernahme politischer Verantwortung vorzubereiten. Doch solche frauenfreundliche Rekrutierung ändert überhaupt nichts am männerfreundlichen Politikbetrieb.

Deshalb ist es unerlässlich, dass wir über Mentoringprogramme hinausgehen und verstärkt die Rahmenbedingungen fokussieren, die die politische Teilhabe von Frauen behindern. Wenn wir uns immer nur anpassen, lösen wir das Problem immer nur zulasten der Frauen und bieten keinen Ansatz, die bestehenden Strukturen zu ändern.

Bezirkspolitische Strukturen sind übrigens nicht nur modernisierungsbedürftig, weil sie weibliche Teilhabe erschweren. In unseren BVV-Fraktionen fehlen zum Beispiel Eltern von Klein- und Schulkindern, auch viele Berufstätige können sich dort nicht engagieren – die Sitzungszeiten lassen sich mit dem Familienleben und der Arbeitswelt schwer vereinbaren. Fazit: Politik als Ehrenamt muss sich grundsätzlich ändern und an die Möglichkeiten potenzieller Politikerinnen (und Politiker) anpassen.

## Sieben für Eine/n – Die Arbeit in der Härtefallkommission

**Stellvertretende AWO-Kreisvorsitzende Anita Leese ist  
neues Mitglied der Berliner Härtefallkommission**



Die Berliner Härtefallkommission (HFK) ist Ansprechpartnerin für von Abschiebung bedrohte Menschen, denen kein (weiterer) Aufenthaltstitel durch die Ausländerbehörde gewährt wird und die dringende humanitäre oder persönliche Gründe vortragen, die einen weiteren Verbleib in der Bundesrepublik rechtfertigen könnten, § 23 a AufenthG. Solche Gründe könnten z.B. vorliegen, wenn die KlientInnen sozial integriert sind, dies z.B. auch durch ehrenamtliches, politisches, kulturelles oder religiöses Engagement nachweisen, wenn sie berufstätig sind oder sich in einer Ausbildung befinden, wenn sie die deutsche Sprache gut beherrschen, keine Straftaten von erheblichem Gewicht begangen haben und/oder enge Verwandte ebenfalls hier leben.

Die HFK hat sieben Mitglieder. Der Integrationsbeauftragte des Senats und die Senatsverwaltung für Frauen benennen jeweils eine Person. Aus den gesellschaftlichen Organisationen sind die evangelische und katholische Kirche, die Liga der Wohlfahrtsverbände, der Flüchtlingsrat Berlin sowie der Migrationsrat Berlin vertreten. Seit dem 01.01.2011 hat mich die Liga der Wohlfahrtsverbände für die Dauer von zwei Jahren als ihre Vertreterin in der HFK benannt.

Für die Arbeit in der HFK gilt ein so genanntes Selbstbefassungsrecht. Danach können sich Betroffene mit ihrem Anliegen nur an die Mitglieder der HFK wenden, nicht jedoch an die HFK als Institution. Jedes Kommissionsmitglied entscheidet selbst, ob es einen Fall von Betroffenen in die HFK einbringt. Das Einbringen eines Falles setzt die Abschiebung für die Dauer des Härtefallverfahrens aus. Entscheidungen in der HFK werden weisungsunabhängig auf Grund eigener Überzeugung der Mitglieder getroffen. Stellen mindestens zwei Drittel der Mitglieder der HFK im Rahmen der monatlichen Sitzungen ein Ersuchen im Sinne der/des

Betroffenen, so wird dieses dem Innensenator vortragen. Dieser entscheidet abschließend über die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis durch eine entsprechende Anweisung an die Ausländerbehörde. Bei etwa zwei Drittel der ihm von der HFK vortragenen Ersuchen hat der Senator im Sinne der HFK entschieden. So sind beispielsweise im letzten Jahr (bis September 2010) insgesamt 443 Fälle in der HFK beraten worden, in 383 Fällen wurde durch die Mitglieder der HFK ein Ersuchen an den Innensenator gestellt, in 253 Fällen hat der Senator diese Ersuchen aufgegriffen und es konnte eine Aufenthaltsgenehmigung nach § 23 a AufenthG erteilt werden.

Ich freue mich über diese neue Herausforderung und über die Möglichkeit, von Abschiebung bedrohten Menschen durch meinen Einsatz zu helfen. Bereits sieben Betroffene haben sich seit Jahresbeginn an mich gewandt.

Meine festen Sprechzeiten für Betroffene finden vorerst jeden ersten Freitag im Monat in der Zeit von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr in der AWO-Geschäftsstelle nach vorheriger telefonischer Anmeldung statt. Gern verberge ich auch in eiligen Fällen und bei besonderem Bedarf außerhalb der festen Sprechzeiten weitere Termine.

Meine Erreichbarkeiten:

Tel.: 030 – 29 35 08 35  
(Mo-Do);

Fax: 030 – 42 08 92 99;

E-Mail: [anitaleese@gmx.de](mailto:anitaleese@gmx.de) oder  
[bueroe@awo-friedrichshain-kreuzberg.de](mailto:bueroe@awo-friedrichshain-kreuzberg.de)

### Servicetelefon Miete

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat ein zentrales Servicetelefon Miete unter der Telefonnummer

**90139 4777**

als Anlaufstelle für alle Fragen rund um das Thema Miete eingerichtet. Dadurch wird das bisherige „Mietspiegeltelefon“ hin zu einem breit angelegten „Servicetelefon für Miete“ erweitert.

## Termine

### 01.05.2011, 09.30 Uhr

Demo für gute Arbeit und soziale Sicherheit, Treffpunkt Kleiststraße zwischen Wittenbergplatz und Kreuzung An der Urania

### 01.05.2011, 14.00 Uhr — 18.00 Uhr

Stand der ASF-auf dem 1. Mai-Fest der SPD-Nordost mit Präsentation des Geschichtsprojektes, Bürgerpark Pankow

### 03.05.2011, 19.00 Uhr

Lesung von Gisela Notz aus ihrem neuen Buch „Feminismus“, Junge-Welt-Laden, Torstraße 6, 10119 Berlin

### 06. und 07.05.2011

Gender & Diversity-Strategien: Entwicklungszusammenarbeit und Perspektiven postkolonialer Theorie, Tagung der FU Berlin, Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Internationales Bildungszentrum, Stresemannstr. 92, 10963 Berlin. [Anmeldung](#)

### 10.05.2011, 19:30 Uhr

Thierse trifft Dr. Sigrid Nikutta. Neue BVG-Chefin. Soda-Salon, Kulturbrauerei (Eingang über Knaackstr. oder Sredzkistr.)

### 11.05.2011, 10.00 Uhr — 18.00 Uhr

„In der Vielfalt erfolgreich — Gleichstellungspolitik an Berliner Hochschulen“, Auditorium im Jacob-und-Wilhelm-Grimm-Zentrum der Humboldt-Universität zu Berlin, Geschwister-Scholl-Straße 3, 10117 Berlin. [Anmeldung](#)

### 11.05.2011, 14.00 Uhr

Öffentliche Anhörung des Deutschen Bundestages zum Thema "Quotenregelung für Aufsichtsräte und Vorstände gesetzlich festschreiben", Anmeldung mit vollständigem Namen und Geburtsdatum an [rechtsausschuss@bundestag.de](mailto:rechtsausschuss@bundestag.de). [Informationen](#)

### 14.05.2011

AVON-RUNNING Berliner Frauenlauf 2011

### 14.05.2011, ab 18.00 Uhr

Lange Nacht der Familien. [Informationen](#)

### 17.05.2011, 19.00 Uhr

Podiumsdiskussion „Frau in Bewegung — Frauen, Sport und Chancengleichheit“ mit DFB Präsident Theo Zwanziger und der FIFA-Botschafterin Monika Staab, Rathaus Charlottenburg-Wilmersdorf, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin. [Informationen](#)

### 18.05.2011, 09.00 — 12.00 Uhr

ExpertInnengespräch „Das Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz“, FES, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin. [Anmeldung](#)

### 23.05.2011, 15.00 Uhr bis 17.00 Uhr

Dienstleistungen in der Zukunftsverantwortung — Herausforderungen, Ziele und Strategien, Museum für Kommunikation, Berlin. [Anmeldung](#)

### 24.05.2011, 19.30 Uhr

Thierse trifft Lala Süsskind, Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Berlin, Soda-Salon, Kulturbrauerei (Eingang über Knaackstr. oder Sredzkistr.)

### 25.Mai 2011, 19.30 Uhr

„Familienpolitik auf dem Prüfstand“ mit der familienpolitischen Sprecherin Caren Marks, Goethestraße 15, Bürgerbüro, 10625 Berlin

### 28.05.2011, 11.30 Uhr

„Integrationspartei SPD – mehr Migrantinnen und Migranten in Mandate“ Fachkonferenz Willy-Brandt-Haus

## Impressum:

Herausgeber:  
ASF-Berlin  
Müllerstraße 163  
13353 Berlin

V.i.S.d.P.:  
Dr. Eva Högl

Redaktion:  
Anett Baron, Martina Hartleib,  
Judith Huber, Daniela Schacht

Satz und Layout:  
Martina Hartleib

Internet:  
<http://www.asf-berlin.de>